



Nr. 342 | 04.03.2025

Polen-Analysen

Der Präsidentschaftswahlkampf 2025

■ ANALYSE	
Showdown in Warschau: Was bei den polnischen Präsidentschaftswahlen auf dem Spiel steht	2
Agnieszka Łada-Konefał, Bastian Sendhardt, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt	
■ UMFRAGEN	
Die Unterstützung für die Präsidentschaftskandidaten im ersten und zweiten Wahlgang	9
<hr/>	
■ CHRONIK	
18. Februar – 3. März 2025	11

Showdown in Warschau: Was bei den polnischen Präsidentschaftswahlen auf dem Spiel steht

Agnieszka Łada-Konefał, Bastian Sendhardt, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt

DOI: 10.31205/PA.342.01

Zusammenfassung

Am 18. Mai 2025 werden die Polen ein neues Staatsoberhaupt wählen. Dass einer der Kandidaten bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreicht, gilt als ausgeschlossen. Eine Stichwahl am 1. Juni scheint so gut wie sicher. Mit Rafał Trzaskowski und Karol Nawrocki stehen sich die Vertreter der beiden größten Parteien – Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) und Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) – gegenüber. Die übrigen Kandidaten haben keine reale Chance, in die Stichwahl zu kommen, allerdings wird das Endergebnis von deren Wählerschaft beeinflusst werden. Die amtierende Regierung braucht dringend einen Sieg des eigenen Kandidaten, um wichtige Reformen durchzusetzen, die der amtierende Staatspräsident Andrzej Duda blockiert. Gleichzeitig droht die Wahl zu einer Abstimmung über die aktuelle (eher fade) Regierungspolitik zu werden.

Die Ausgangslage: Warum sind die polnischen Präsidentschaftswahlen so wichtig?

Nach den Parlamentswahlen am 15. Oktober 2023 wurde am 13. Dezember die Regierung unter der Führung von Ministerpräsident Donald Tusk vereidigt. Beobachter, sowohl in Polen als auch im Ausland, versprachen sich von dem Regierungswechsel eine Rückabwicklung des umstrittenen Umbaus des polnischen Justizwesens, der in den acht Jahren Amtszeit der PiS-geführten Vorgängerregierung stattgefunden hatte. Doch um die hierfür notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, ist die aktuelle Regierung auf den Präsidenten angewiesen. Dieser besitzt im polnischen Gesetzgebungsverfahren ein beinahe uneingeschränktes Vetorecht. Damit kann er jedes vom polnischen Parlament beschlossene Gesetz zurückweisen. Das Parlament wiederum kann ein solches präsidentielles Veto nur mit einer qualifizierten Dreifünftel-Mehrheit der Abgeordneten zurückweisen, eine Mehrheit, über die das Regierungslager nicht verfügt.

Der amtierende Präsident Andrzej Duda hat seit Tusks Wahl zum Ministerpräsidenten bereits mehrfach von seinem Vetorecht Gebrauch gemacht und immer wieder unterstrichen, dieses Instrument auch in Zukunft nutzen zu wollen, um die legislativen »Errungenschaften« der PiS-Regierungszeit zu bewahren. Um ihr politisches Programm umsetzen zu können, ist die Tusk-Regierung daher auf einen ihr wohlgesinnten Amtsinhaber im Präsidentenpalast angewiesen. Die anstehenden Präsidentschaftswahlen 2025 gleichen daher einem Showdown. Gewinnt ein dem Regierungslager nahestehender Kandidat, ist der Weg frei für weitreichende politische Reformen. Gleichzeitig muss die Regierung dann auch

wirklich liefern und kann mangelnde Reformfähigkeit nicht länger durch Verweis auf das präsidentielle Vetorecht kaschieren. Erringt jedoch ein PiS-Kandidat die absolute Mehrheit der Stimmen, drohen Polen weitere Jahre der Stagnation im Zeichen der Kohabitation zwischen Präsident und Regierung aus entgegengesetzten politischen Lagern.

Die Kandidatenschau

»Prognosen sind schwierig, insbesondere wenn sie die Zukunft betreffen«, lautet ein geflügeltes Wort, das auch auf die anstehenden Präsidentschaftswahlen in Polen zutrifft. Bislang haben nach Auskunft der Staatlichen Wahlkommission (Państwowa Komisja Wyborcza – PKW) 25 Wahlkomitees ihre Kandidaten registriert. Deren Zahl kann bis zum Wahltermin noch weiter steigen. Bis zum 4. April können weitere Kandidaten registriert werden. Neben dem Mindestalter von 35 Jahren und der polnischen Staatsbürgerschaft müssen sie eine Liste mit 100.000 Unterschriften wahlberechtigter Bürger vorlegen, die die jeweilige Kandidatur unterstützen.

Noch sind es mehr als zwei Monate bis zum Wahltermin und diese Zeitspanne, gepaart mit der unsicheren und dynamischen weltpolitischen Lage, könnte noch für die eine oder andere Überraschung sorgen. Dennoch lässt sich bereits eines mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vorhersagen: Es wird nach dem ersten Wahlgang am 18. Mai zu einer Stichwahl am 1. Juni kommen, in der sich der Warschauer Stadtpräsident Rafał Trzaskowski, der Kandidat der Bürgerplattform, und aller Voraussicht nach der von der PiS unterstützte Direktor des Instituts für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej – IPN), Karol Nawrocki, gegenüberstehen werden. In der folgenden Kandidaten-

schau werden wir daher zunächst die beiden erfolgversprechendsten Kontrahenten und Repräsentanten der antagonistischen Lager unter die Lupe nehmen, bevor wir uns dem Verfolgerfeld der übrigen Kandidatinnen und Kandidaten zuwenden.

Rafał Trzaskowski

Das Rennen eröffnet Rafał Trzaskowski, der bekannte Stadtpräsident seiner Heimatstadt Warschau (Warszawa), der bei den Präsidentschaftswahlen 2020 nur knapp unterlegen war. Der 53-jährige promovierte Politologe und Experte für EU-Fragen war unter anderem Minister für Europaangelegenheiten sowie für Verwaltung und Digitalisierung und Sejm-Abgeordneter. Seit 2020 ist er stellvertretender Vorsitzender der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), der stärksten Partei innerhalb der regierenden Bürgerkoalition. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2025 setzte er sich in einer parteiinternen Vorwahl eindeutig gegen den amtierenden Außenminister Radosław Sikorski durch.

Auch im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl liegt Trzaskowski bis heute klar auf Platz eins, wenn gleich sein Vorsprung geschmolzen ist. So steht er vor der Herausforderung, die eigene Wählerschaft nicht in allzu großer Sicherheit zu wiegen, sondern sie zum Urnengang zu mobilisieren. Im zweiten Wahlgang muss Trzaskowski zudem Wähler jenseits des liberalen, progressiven Spektrums ansprechen und die konservative PiS-Wählerschaft nach Möglichkeit demobilisieren.

Es ist fast unmöglich, auf alle Herausforderungen gleichermaßen gut zu reagieren. Die aktive Mobilisierung liberalerer und linker Wähler, die von Natur aus geneigt sind, für den KO-Kandidaten zu stimmen, kann gleichzeitig auch die rechte Wählerschaft der PiS mobilisieren, während der Versuch, konservativere Wähler aus kleineren Ortschaften anzusprechen, diejenigen in der Stichwahl demobilisieren kann, die im ersten Wahlgang einen linken Kandidaten unterstützen werden.

Aufgrund der sozialen Struktur der polnischen Wählerschaft (etwa 60 Prozent der polnischen Wähler leben in Städten mit bis zu 50.000 Einwohnern) werden die Präsidentschaftswahlen abseits der Metropolen entschieden. Eine großstädtische und liberale Führungspersönlichkeit wie Trzaskowski muss sich im Präsidentschaftswahlkampf um das Image eines gemäßigten, leicht konservativen Politikers mit einem guten Verständnis für die Sorgen der Wählerschaft aus kleineren Orten bemühen.

Genau das versucht Trzaskowski momentan. So begann er seinen Vorwahlkampf mit einer deutlichen Hinwendung zur gemäßigten konservativen Mitte. Seine erste Rede hielt er in Gleiwitz (Gliwice). Den größten Teil widmete er dem Bereich Sicherheit, sprach aber

auch viel über Gemeinschaft, Tradition, die Interessen der polnischen Landwirte und Wirtschaftspatriotismus, den polnischen ländlichen Raum und Orte außerhalb Warschaus. Trzaskowski hob seine Kontakte zu Kommunalvertretern aus kleineren Orten hervor und betonte, dass er dank ständiger Gespräche mit ihnen weiß, wie die Probleme Polens außerhalb Warschaus aussehen. Allerdings kann das Werben um konservative Wählerkreise die progressive Wählerschaft abschrecken. Problematisch wird es dann, wenn diese Wählergruppe der Stichwahl fernbleibt. Schließlich waren es die progressiven Wähler, die am 15. Oktober 2023 der Regierungskoalition zum Sieg verholfen haben – junge Menschen, insbesondere junge Frauen. Heute ärgern sich diese Wählerinnen über ausgebliebene Reformen, etwa zum Schwangerschaftsabbruch.

Und hier kommen wir zu einer weiteren Herausforderung: die Beziehungen zur Regierung. Trzaskowski ist ein Politiker, der seit Jahren eine Schlüsselrolle in der Bürgerplattform spielt. Die Präsidentschaftswahlen könnten somit zu einem Plebiszit über die bisherige Amtszeit der Regierung werden, eine Situation, die Trzaskowski tunlichst vermeiden möchte. Ein Ausweg wäre, als Vermittler zwischen den Wählern und der Regierung aufzutreten.

Die Grundzüge seines Programms hat Trzaskowski in Gleiwitz im Dezember vorgestellt. Damals versprach er einen Kampf gegen »die größten Sünden der PiS«, nämlich die hohe Inflation, die hohen Strompreise und die Verkomplizierung des Steuersystems. Außerdem kündigte er den Bau von Energiespeichern und eine umfassende Modernisierung des Stromnetzes an. Er ist gegen das Handelsabkommen der EU mit den Mercosur-Staaten und die unkontrollierte Öffnung der Grenzen für Waren aus der Ukraine oder China. Er betont, dass die Interessen der polnischen Landwirte gewahrt werden müssen. Einzelheiten will er in Kürze vorstellen. Bekannt ist, dass sich das Programm auf drei Säulen stützt: 1) Wirtschaftspatriotismus – Unterstützung polnischer Unternehmer und Abbau unnötiger Steuerbelastungen, 2) Gleichheit – Einsatz für die Rechte von Frauen und gesellschaftlichen Minderheiten, 3) Sicherheit – sowohl im wirtschaftlichen als auch im internationalen Kontext.

Karol Nawrocki

Am 24. November des vergangenen Jahres wurde IPN-Direktor Karol Nawrocki auf dem PiS-Parteikongress in Krakau (Kraków) zum Präsidentschaftskandidaten des rechtskonservativen politischen Lagers gekürt. Auch wenn er offiziell als »Bürgerkandidat« (kandydat obywatelski) firmiert, gibt es angesichts des Rahmens der Veranstaltung und der Unterstützung durch PiS-Chef Jarosław Kaczyński keinerlei Zweifel, dass es

sich bei Nawrocki um den Kandidaten der bis 2023 regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit handelt. Wenngleich es anders als in der Bürgerkoalition bei der PiS keine parteiinterne Vorauswahl zur Kandidatenskür gegeben hat, konnte sich Nawrocki doch in einem wenig transparenten Auswahlprozess gegen andere namhafte Mitbewerber wie den PiS-Europaabgeordneten Tobiasz Bocheński und den früheren Bildungsminister Przemysław Czarnek durchsetzen.

Der am Wahltag 42 Jahre alte Nawrocki ist promovierter Historiker und stammt aus Danzig (Gdańsk). In der Politik ist Nawrocki bislang kaum in Erscheinung getreten und kann nur auf sehr begrenzte kommunalpolitische Erfahrung verweisen. Allerdings gilt er als glaubwürdiger Vertreter der PiS-Geschichtspolitik. Von 2017 bis 2021 stand er dem Danziger Museum des Zweiten Weltkrieges als Direktor vor. Die engste berufliche Verbindung pflegt er jedoch zum Institut für Nationales Gedenken, für dessen Danziger Zweigstelle er ab 2009 tätig war und dessen Hauptsitz er seit 2021 als Direktor leitet. Nicht zuletzt aufgrund dieser Vita genießt Nawrocki Sympathien unter Vertretern des traditionellistisch-patriotischen Lagers in Polen.

Sein Programm wird Nawrocki erst Anfang März vorstellen. Aber bereits heute lassen sich die politischen Ziele des PiS-Kandidaten in ihren Grundzügen skizzieren. So strebt er eine Vergrößerung der polnischen Streitkräfte auf mindestens 300.000 Soldaten an, was die polnische Armee zur größten Landstreitmacht der Europäischen Union machen würde. Zur Bürgerkoalition um Kontrahent Trzaskowski gibt es in dieser Frage Differenzen lediglich in Bezug auf die Frage, wie dieses Ziel zu erreichen sei. Des Weiteren lehnt er den EU-Migrations- und Asylpakt ab und fordert dessen Aufkündigung durch Polen. Auch hier unterscheidet er sich nur in Nuancen von der Position der Bürgerkoalition, in deren Namen Ministerpräsident und Parteichef Donald Tusk angekündigt hat, die Bestimmungen des Paktes nicht umzusetzen. Darüber hinaus verspricht Nawrocki, sich für den zügigen Bau des Großflughafens (Centralny Port Komunikacyjny – CPK) einzusetzen. Doch auch hier unterscheidet er sich nur unwesentlich vom Standpunkt der Bürgerplattform. Schließlich hatte Tusk nach langem Zögern im vergangenen Jahr letztlich grünes Licht für die Freigabe von Geldern zum Bau des Großprojekts gegeben. Zudem erklärt der Präsidentschaftskandidat der PiS, im Falle seines Wahlsieges ein Referendum über die Fortführung des europäischen Green Deal durch Polen durchführen zu wollen. Ferner hat er seine Unterstützung für die weitere Kohleverstromung bis zu einem Einstieg Polens in die Kernkraft und eine Gesetzesinitiative zur Einkommensteuerbefreiung für geleistete Überstunden in Aussicht gestellt. Außenpolitisch soll Polen in der zweiten Amtszeit von US-Prä-

sident Donald Trump erneut eine Führungsrolle in der EU für die transatlantischen Beziehungen einnehmen. Gegenüber Deutschland bekräftigt er die PiS-Forderung nach Reparationen in Höhe von 1,2 Billionen Euro.

Bei den zentralen Wahlkampfthemen unterscheidet sich Nawrocki von Trzaskowski und der Regierung Tusk eher in Detailfragen. Im weiteren Wahlkampf wird er daher sein Profil schärfen müssen, zumal er in zentralen Fragen des Wahlkampfes, wie etwa die Sicherheit in der internationalen Politik, keinerlei Erfahrung vorweisen kann.

Die Anderen: zwischen Achtungserfolg und aussichtslosem Unterfangen

Viele Wochen lang wurde der Kampf um den dritten Platz zwischen dem Sejmarschall und Vorsitzenden der Partei Polen 2050 (Polska 2050), Szymon Hołownia, und Sławomir Mentzen, dem Kandidaten der Konföderation (Konfederacja), ausgetragen. Die jüngsten Umfragen zeigen einen deutlichen Vorsprung für Letzteren an. Sowohl die beiden als auch die übrigen Kandidatinnen und Kandidaten besitzen im Prinzip kaum eine Aussicht auf Erfolg. Ihre Kandidatur ist dennoch aus zwei Gründen relevant. Erstens, da die Wählerwanderungen zwischen den Kandidaten des ersten und des zweiten Wahlganges voraussichtlich wahlentscheidend sein werden. Zweitens, da die Kandidaten medienwirksame Achtungserfolge erzielen und damit den Grundstein für einen politischen Karrieresprung legen können und zudem, soweit sie einer Partei zuzurechnen sind, ein gutes Stimmungsbild für die aktuelle Mobilisierungskraft ihrer jeweiligen politischen Formation einfangen.

Stand heute wird Sławomir Mentzen von der rechtsextremen Konföderation den dritten Platz auf dem Podium erringen. In den Umfragen reitet er mit 16,8 Prozent Unterstützung derzeit auf einer Welle des Erfolgs. Das Abstimmungsverhalten seiner Unterstützer in der Stichwahl könnte unter diesen Umständen für den Wahlausgang entscheidend sein. Der 36-jährige Steuerberater und Doktor der Wirtschaftswissenschaften ist Vorsitzender der Partei Neue Hoffnung (Nowa Nadzieja) und Ko-Vorsitzender des Parteienbündnisses Konföderation. Seit 2023 ist er Abgeordneter des Sejm. Mentzen weiß die sozialen Medien geschickt zu nutzen und ist so etwas wie ein TikTok-Star im politischen Polen. Daneben führt er einen engagierten Wahlkampf vor Ort, in dem er bereits über hundert Städte und Gemeinden in Polen besucht hat. Wirtschaftspolitisch steht er für einen schlanken Staat und spricht sich für Deregulierung und Steuererleichterungen für Unternehmen aus. Geschichtspolitisch wirft er Deutschland eine Verfälschung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges vor. Außenpolitisch ist Mentzen ein Gegner eines EU- bzw. NATO-Beitritts der Ukraine und spricht sich

gegen Immigration aus afrikanischen und asiatischen Ländern nach Polen aus. Als Vorbild gilt ihm die Politik des amtierenden US-Präsidenten Donald Trump. Im Wahlkampf kann Mentzen aktuell weitgehend ungestört agieren. Er kann Themen setzen, ohne mit allzu scharfer Kritik seiner politischen Kontrahenten rechnen zu müssen, denn sowohl Rafał Trzaskowski als auch Karol Nawrocki sehen die Konfederacja-Wähler als potenzielle Unterstützer in einer Stichwahl. Mentzens Ziele gehen jedoch über die anstehenden Wahlen hinaus. Sollte er sein starkes Umfrageergebnis am 18. Mai bestätigen können, hätte er die Konföderation als drittstärkste Kraft in der polnischen Parteienlandschaft etabliert und seinen eigenen Führungsanspruch innerhalb der Partei zementiert.

Der Aufstieg Mentzens geht einher mit dem relativen Niedergang des Shootingstars der Präsidentschaftswahlen 2020. Mit beachtlichen 13,9 Prozent der Stimmen, die ihm den dritten Platz bescherten, legte der frühere TV-Journalist Szymon Hołownia damals den Grundstein für seine weitere politische Karriere. Nach der Gründung seiner Partei Polen 2050 zog Hołownia 2023 gemeinsam mit der Polnischen Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) im Wahlbündnis Dritter Weg (Trzecia Droga) ins polnische Parlament ein und wurde von der neuen Regierungsmehrheit zum Sejmmarschall gewählt. Damals befand er sich auf dem Höhepunkt seiner Popularität, konnte das Unterstützungsniveau jedoch nicht halten. Hołownia steckt in einer verzwickten Lage: Selbst Teil der Regierung, kämpft er um die Stimmen derjenigen, die mit der Regierungsarbeit unzufrieden sind. Und obgleich er offizieller Präsidentschaftskandidat von Polen 2050 und der PSL ist, wird er von Letzterer kaum unterstützt. Er will ein Politiker des Aufbruchs sein, der in aller Ruhe den Wandel vollzieht, den die Weltlage ohnehin erzwingt (Klimakrise, Migrationskrise und Krieg in der Ukraine). Er will auch ein »Hüter des politischen Gleichgewichts« sein, der nicht zulassen wird, dass der Staat durch den Konflikt zwischen PO und PiS zerrissen wird. Deshalb lautet sei Wahlslogan: »Der Mensch steht an erster Stelle«. Er verspricht den Ausbau der Eisenbahn und des öffentlichen Nahverkehrs, erschwinglichen Wohnraum, die Beseitigung rechtlicher Absurditäten, Anreize für diejenigen, die in erneuerbare Energien investieren, eine Reform des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS 2) und Ordnung in den Vorstandsetagen der staatlichen Unternehmen. Seine Themen fokussieren die Wirtschaft, und seine Kampagne konzentriert sich, genauso wie bei den drei oben beschriebenen Kandidaten, auf kleinere Städte.

Die Neue Linke (Nowa Lewica) als kleinste Partei der aktuellen Regierungskoalition schickt mit der Vizemarschallin des Senats, Magdalena Biejat, die einzige Frau ins Rennen um das höchste Amt im Staat. Ihr

Auftrag ist klar. Sie soll der seit Monaten in den Umfragen schwächelnden Partei zu neuem Schwung verhelfen und tunlichst eine ähnlich herbe Wahlschlappe wie vor fünf Jahren vermeiden, als der Linken-Kandidat Robert Biedroń gerade einmal 2,2 Prozent der Stimmen erringen konnte. Die 43-jährige Biejat war vier Jahre Abgeordnete des Sejm, bevor sie 2023 erfolgreich für den Senat kandidierte, dem sie seitdem als Vizemarschallin vorsteht. Zu ihren programmatischen Forderungen zählen die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen bis zur zwölften Woche, die Verabschiedung einer LGBT+-Charta und die Rücknahme der von der Regierung Tusk geplanten Verschärfungen in der Migrationspolitik, insbesondere die anvisierte zeitweise Aufhebung des Asylrechts.

Zu den bekannteren Gesichtern der übrigen Kandidaten zählen der Sejmagabgeordnete Adrian Zandberg von der linken Partei Gemeinsam (Razem), der durch rechtsextreme und antisemitische Aktionen auffallende Europaabgeordnete Grzegorz Braun, der über die PiS-Liste ins Parlament eingezogene Marek Jakubiak sowie der Internet-TV-Macher Krzysztof Stanowski, der ebenfalls dem rechten Spektrum zuzuordnen ist. Sie alle werden versuchen, den Wahlkampf als politische und persönliche Bühne zu nutzen, können am Wahltag jedoch lediglich auf Ergebnisse im unteren einstelligen Prozentbereich hoffen.

Die Themen im Wahlkampf

Wie in anderen Ländern, so hat sich auch in Polen die politische Debatte zuletzt nach rechts verschoben. Laut einer Umfrage der Wochenzeitschrift Polityka werden traditionell linke Anliegen wie die Abtreibungsfrage nur noch von 17 Prozent der Befragten als vorrangiges Thema benannt. Noch dahinter liegen Themen wie Naturschutz und Klimawandel (elf Prozent) und die Bedürfnisse der Arbeiterklasse (zehn Prozent). Auch die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit im Land und die Beziehungen Polens zur EU werden gerade einmal von 20 Prozent der Befragten als Priorität gesehen. Stattdessen sind die zentralen Themen in den Augen der polnischen Wählerschaft Fragen der Sicherheit (59 Prozent), gefolgt von Wirtschaft (52 Prozent), Gesundheitssystem (49 Prozent) sowie Inflation und Lebenshaltungskosten (38 Prozent).

Insbesondere in den vergangenen Wochen hat sich die Ukraine zunehmend als zentrales Thema des Wahlkampfes herauskristallisiert. Nach der russischen Vollinvasion in die Ukraine am 24. Februar 2022 reagierte die polnische Gesellschaft mit einer Welle der Solidarität auf die Millionen ukrainischer Flüchtlinge, die vor dem Krieg nach Polen geflohen waren. Zudem war Polen von Beginn an einer der wichtigsten Lieferanten von Waffen und humanitären Gütern an den östlichen Nach-

barn und ein früher Fürsprecher einer Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO und der Europäischen Union. Die Unterstützung der Ukraine galt als parteiübergreifender Konsens und selbst die rechtsextreme Konföderation fuhr ihre antiukrainische Rhetorik zurück, um nicht die Gunst der polnischen Wählerschaft zu verlieren. Die allgemeine Stimmungslage änderte sich 2023, als sich im Zuge des Getreidestreits (Proteste und Blockade der Grenzübergänge zwischen Polen und der Ukraine durch Landwirte aufgrund eines unkontrollierten Zustroms von Getreide aus der Ukraine, der die Konkurrenzfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion in Polen in Frage stellte) die polnisch-ukrainischen Beziehungen einzutrüben begannen. Der damalige PiS-Ministerpräsident Mateusz Morawiecki stellte die Fortführung der polnischen Waffenlieferungen in Frage und brach mit dem bisherigen Konsens einer bedingungslosen Unterstützung der Ukraine. Damit bediente er nicht zuletzt die Befindlichkeiten des eigenen Wählerklientels. Die PiS genießt große Unterstützung gerade in den ländlichen Gebieten Polens, deren Bevölkerung die ukrainische Landwirtschaft immer mehr als Konkurrentin und Bedrohung wahrnimmt. Zudem gibt es gerade im rechtskonservativen und nationalistischen politischen Spektrum Polens weitverbreitete historisch begründete Vorurteile gegenüber der Ukraine, insbesondere aufgrund des sogenannten Wolhynien-Massakers von 1943.

Im laufenden Präsidentschaftswahlkampf griff PiS-Kandidat Nawrocki diese Ressentiments auf. Bereits zu Beginn dieses Jahres ließ er verlauten, er könne sich eine Mitgliedschaft der Ukraine in EU und NATO nicht vorstellen, solange »zivilisatorische Verpflichtungen« wie die Zustimmung der Ukraine zur Exhumierung der polnischen Opfer des Wolhynien-Massakers nicht erfüllt seien. Andererseits zeigt sich Nawrocki grundsätzlich als Unterstützer der Ukraine. So befürwortete er im Februar die Beteiligung der Ukraine (und auch Polens) an Friedensgesprächen, sprach sich jedoch gleichzeitig gegen eine Entsendung polnischer Truppen zur Überwachung eines möglichen Waffenstillstandes aus.

Auch sein Hauptkontrahent Trzaskowski konnte sich dem Thema Ukraine nicht entziehen. Zwar kritisierte der Warschauer Stadtpräsident die Aussagen Nawrockis und stellte fest, dass man die EU- und NATO-Perspektive der Ukraine nicht in Frage stellen dürfe. Allerdings konnte auch Trzaskowski der populistischen Versuchung nicht widerstehen, als er wenige Wochen später forderte, Ukrainern in Polen, die keiner Beschäftigung nachgehen, den Bezug des Familiengelds »800 plus« zu versagen.

Auch außenpolitisch markiert die Ukraine die Sicherheit als zentrales Thema des laufenden Wahl-

kampfes, das mit der Übernahme der Amtsgeschäfte durch US-Präsident Donald Trump noch einmal enorm an Dynamik hinzugewonnen hat. Insbesondere das Telefonat zwischen Trump und Russlands Präsident Wladimir Putin am 12. Februar sowie das folgende Treffen von Vertretern beider Länder in Saudi-Arabien, ohne Beteiligung der Ukraine wie der Europäer, hat auch in Polen die Alarmglocken schrillen lassen. Rafał Trzaskowski betonte zunächst die zentrale Rolle der USA für Polens Sicherheit und bekräftigte seine Absicht, auch zu Trump gute Beziehungen pflegen zu wollen. Nach dem Trump-Putin-Telefonat stellte Trzaskowski jedoch klar, dass die Ukraine an Friedensverhandlungen beteiligt werden müsse. Ein Friedensschluss zu Russlands Bedingungen würde ihm zufolge eine Schwächung der Sicherheit Polens, Europas, aber auch der Vereinigten Staaten zur Folge haben. Zudem erteilte Trzaskowski der Forderung nach einer Entsendung polnischer Truppen zur Absicherung eines zukünftigen Waffenstillstandes in der Ukraine eine Absage.

Auch PiS-Kandidat Karol Nawrocki vermag von den grundsätzlich guten Beziehungen seiner Partei zu Trumps Republikanern bislang kaum zu profitieren. Galt Polen während Trumps erster Amtszeit noch als wichtiger Verbündeter des US-Präsidenten in seiner Auseinandersetzung mit der EU und Mitgliedstaaten wie Deutschland, scheint Polen heute als Partner für die USA zunehmend entbehrlich zu werden. Davon zeugt das Treffen des noch amtierenden Präsidenten Andrzej Duda am 22. Februar, das dem Vernehmen nach kaum zehn Minuten dauerte. Angeblich soll Trump einem Besuch in Polen jedoch aufgeschlossen gegenüberstehen. Nawrocki stimmt mit Trump und US-Vizepräsident J.D. Vance in ihrer antiliberalen Kritik (des westlichen) Europas grundsätzlich überein, wie er auch die äußerst kritische Haltung des US-Präsidenten gegenüber dem ukrainischen Staatsoberhaupt Wolodymyr Selenskyj im Wesentlichen teilt. Gleichzeitig unterstreicht auch Nawrocki, dass es keinen russisch-amerikanischen Deal über die Köpfe der Ukraine (wie auch der Europäer) hinweg geben dürfe. Hier tut sich die gleiche Kluft auf, wie sie in der Vergangenheit bereits zwischen dem PiS-Lager und anderen rechtspopulistischen Kräften in Europa zutage getreten ist: So einig man sich in der Kritik des traditionsvergessenen Liberalismus der Europäischen Union ist, so uneinig ist man in Sachen Russland, das auch und vor allem für die PiS eine zentrale Bedrohung für die staatliche Souveränität Polens darstellt.

Derzeit deutet viel darauf hin, dass das Thema Sicherheit weiterhin das Topwahlkampfthema bleiben wird, gerade weil Polen hier stark von internationalen Entwicklungen abhängig ist, auf die es wenig bis gar

keinen Einfluss nehmen kann. So wird nicht zuletzt der weitere Verlauf des russischen Krieges gegen die Ukraine darüber entscheiden, ob andere wichtige Themen wie die Inflation, gepaart mit steigenden Preisen für Energie und Lebensmittel, noch eine entscheidende Rolle in diesem Wahlkampf spielen werden.

Umfragewerte

Blickt man auf die Meinungsumfragen, dann gilt Rafał Trzaskowski als eindeutiger Favorit. So würde der Kandidat der Bürgerkoalition nicht nur den ersten Wahlgang klar für sich entscheiden (in verschiedenen Umfragen erhielt er zwischen 31 und 37 Prozent), sondern auch in einer wahrscheinlichen Stichwahl in drei verschiedenen Szenarien (gegen Nawrocki, Mentzen sowie Hołownia) den Sieg davontragen. Das zweitbeste Ergebnis erzielt Karol Nawrocki (22 bis 29 Prozent), der in den letzten Wochen zunehmend Boden gutgemacht hat. Die aggregierten Umfragen vom Januar im Vergleich zu den Umfragen vom Dezember und November zeigen, dass der Vorsprung Trzaskowskis gegenüber Nawrocki sowohl im ersten als auch im zweiten Wahlgang kleiner geworden ist. In den Umfragen der ersten Runde liegt er im November bei durchschnittlich 17,7 Prozentpunkten, im Dezember bei 10,9 und im Januar bei 9,3 Prozentpunkten, wobei Trzaskowski eher leicht verliert als dass Nawrocki zulegt.

Mit Beginn des Wahlkampfes hat Nawrocki natürlich größere Bekanntheit erlangt, gerade auch unter den PiS-Wählern. Fraglich bleibt hingegen, ob es Nawrocki gelingen wird, über das PiS-Lager hinaus Wähler anzusprechen, zumal seine Umfragewerte derzeit unterhalb derer der PiS (ca. 30 Prozent) rangieren.

Das drittbeste Ergebnis – zwischen 9 und 17 Prozent – erreicht aktuell Sławomir Mentzen. Sein Erfolg nährt erste Spekulationen, wonach er Nawrocki überholen und in die Stichwahl einziehen könnte. Dies wäre natürlich ein Alptraum für PiS-Chef Jarosław Kaczyński, der jegliche Konkurrenz im rechten politischen Spektrum Polens um jeden Preis verhindern will.

Die Unterstützung für die übrigen Kandidaten ist entsprechend gering: Zwischen fünf und neun Prozent der Befragten erklärten, für Hołownia zu stimmen, drei Prozent für Braun, weitere zwei Prozent für Biejat und zwei Prozent für Zandberg. Vor allem die sehr niedrigen Werte für Hołownia, Biejat und Zandberg werfen die Frage auf, ob sie sich vorzeitig zugunsten einer Unterstützung für Trzaskowski aus dem Rennen zurückziehen werden.

Die Wahlbeteiligung wird Umfragen zufolge zwischen 62 Prozent und 87 Prozent liegen. Gerade die Nichtwähler und diejenigen, die sich noch nicht für einen Kandidaten entschieden haben, könnten am Ende für das Wahlergebnis ausschlaggebend sein.

Fazit

Im Mai 2025 werden die Polen wieder zur Wahl gehen. Nach der Begeisterung am Wahltag im Oktober 2023, als eine Rekordzahl von 74 Prozent der Polen zur Wahlurne ging, fanden die Kommunalwahlen im April und die Europawahlen im Juni 2024 statt. Die Begeisterung für die Erfüllung der Bürgerpflicht und die Mitsprache bei der Gestaltung der Zukunft Polens hält sich deshalb in Grenzen. Stattdessen hat sich eine gewisse Wahlmüdigkeit breit gemacht. Zahlreiche Wähler der derzeitigen Regierungskoalition sind enttäuscht und finden, dass sich mehr als ein Jahr nach der Wahl zu wenig geändert hat. Die Erwartungen an einen schnellen und radikalen Kurswechsel haben sich nicht erfüllt. Nicht zuletzt deshalb, weil sie unter den gegebenen Umständen nicht erfüllt werden konnten: Am Ende eines jeden Gesetzgebungsverfahrens steht Präsident Andrzej Duda, der mit der Verweigerung seiner Unterschrift politische Reformen blockieren kann und dies auch tut. Koalitionspolitiker und Experten sagen daher ganz klar, solange es keinen Wechsel im Präsidentenpalast gibt, sind Reformen nicht möglich. Das Bewusstsein für diese Tatsache ist aber bei einem Teil der Wählerschaft der Regierung nicht sehr ausgeprägt. Die Koalition hat ihren hohen Stimmenanteil 2023 vor allem dank der Wahlbeteiligung derjenigen erreicht, die normalerweise nicht wählen gehen – und sich daher, so kann man annehmen, auch nicht für die Funktionsweise von Politik interessieren. Für ihre »Mühe« des Wählens erwarten sie oft schnelle und konkrete Veränderungen, die ihnen die aktuelle Regierung nicht bieten kann. Neben den Vetos des Präsidenten ist das Kabinett Tusk auch mit der Herausforderung konfrontiert, innerhalb einer sehr breiten Koalition zu arbeiten. Dies macht es nicht leicht, Kompromisse zu finden und letztendlich Reformen durchzuführen, insbesondere hochumstrittene wie das Abtreibungsrecht oder die Einführung von Lebenspartnerschaften. Daher ist die Blockade des Präsidenten manchmal sogar eine gute Ausrede für die Regierung. Hinzu kommt die wirtschaftliche Lage, die zwar viel besser ist als zum Beispiel in Deutschland, aber in den Augen der Bürger doch nicht zufriedenstellend (hohe Preise und eine schlechtere Lage auf dem Arbeitsmarkt als bisher). Zwar lässt sich das nicht mit Zahlen belegen (ca. vier Prozent Inflation und fünf Prozent Arbeitslosigkeit), aber entscheidend sind hier nicht die Fakten, sondern die subjektive Wahrnehmung. Die Stimmung in der Bevölkerung wird daher im Mai, wenn die Wahlen stattfinden, von entscheidender Bedeutung sein. Die PiS wird versuchen, diese Wahl als Referendum über die Regierungskoalition zu inszenieren.

Beide politischen Lager motivieren daher ihre Stammwählerschaft und potenziellen Wähler erneut mit Slogans, die darauf hinweisen, dass diese Wahl fun-

damental über die Zukunft Polens entscheiden wird – Stärkung der derzeitigen Regierung versus Rückkehr der PiS. Bei der Regierungskoalition stellt sich also die Frage, ob diese Motivation wieder einen ähnlich großen Teil der Wählerschaft überzeugen wird wie im Jahr 2023. Auf der Seite von Recht und Gerechtigkeit wird es interessant sein zu beobachten, wie sich die Tatsache auswirkt, dass es kein Instrument in Form der öffentlich-rechtlichen Medien mehr gibt, um die Wähler zu

erreichen. Es ist auch ungewiss, inwieweit die Informationen über die zahlreichen aufgedeckten Skandale der PiS-geführten Regierungen deren Wähler erreichen. Es gibt also viele Faktoren, die für das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen entscheidend sein werden: das Profil des Kandidaten selbst, die Einzelheiten des Wahlkampfes und die internationale Lage. Und vielleicht noch die eine oder andere Unbekannte, die wir noch gar nicht auf dem Zettel haben.

Der Text wurde am 25. Februar abgegeben. Um die aktuellen Kommentare und Fakten zum Thema polnischer Wahlkampf zu kennen, laden wir ein, der Blogreihe des Deutschen Polen-Instituts »Showdown in Warschau« zu folgen. (<https://www.deutsches-polen-institut.de/blogpodcast/blog/>)

Über die Autoren

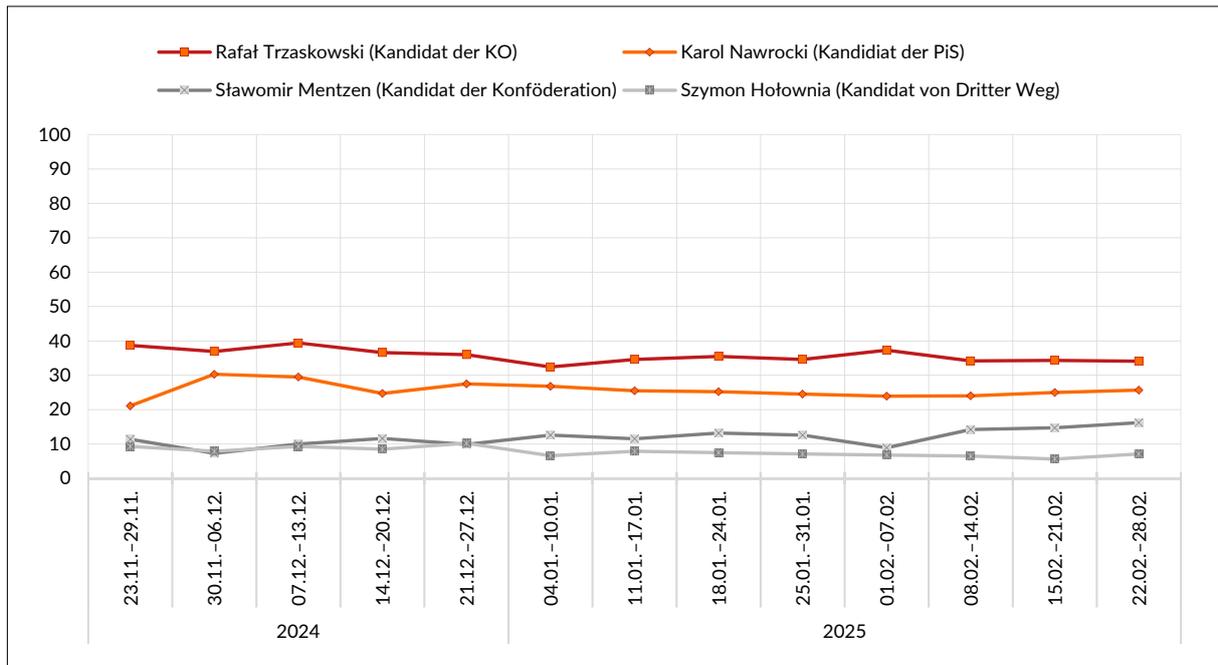
Dr. *Agnieszka Łada-Konefał*, Politologin, ist stellvertretende Direktorin am Deutschen Polen-Institut, Darmstadt. Zu ihren Interessenschwerpunkten gehören die deutsch-polnischen Beziehungen, die polnische Außen- und Europapolitik, die Wahrnehmung Polens im Ausland bzw. der Ausländer in Polen und die Institutionen der Europäischen Union.

Bastian Sendhardt, Politologe, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Polen-Instituts im Büro Berlin. Seine Spezialgebiete sind die deutsch-polnischen Beziehungen, die polnische Innenpolitik sowie die Politik des polnischen Staates gegenüber seiner Diaspora.

UMFRAGEN

Die Unterstützung für die Präsidentschaftskandidaten im ersten und zweiten Wahlgang

Grafik 1: Die Unterstützung für die Präsidentschaftskandidaten im ersten Wahlgang – 18. Mai 2025 (Auswahl, %)



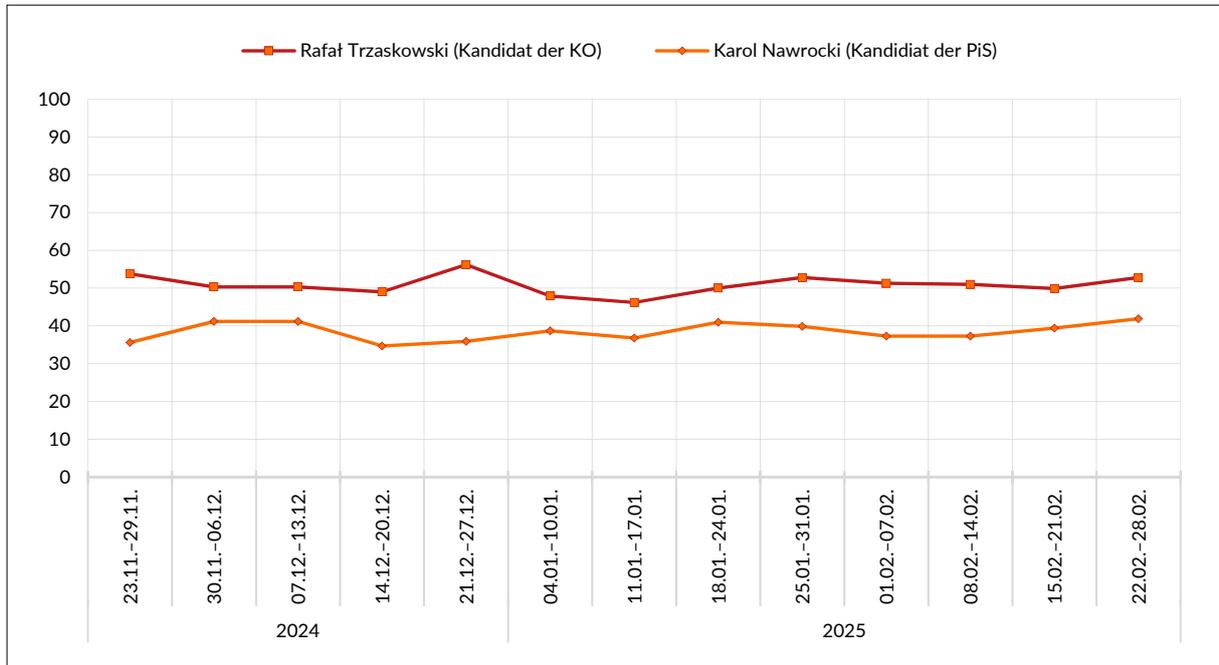
	2024					2025	
	23.11.-29.11.	30.11.-06.12.	07.12.-13.12.	14.12.-20.12.	21.12.-27.12.	04.01.-10.01.	11.01.-17.01.
Rafał Trzaskowski (Kandidat der KO)	38,7	36,9	39,4	36,6	36	32,4	34,6
Karol Nawrocki (Kandidat der PiS)	21,1	30,3	29,5	24,7	27,5	26,8	25,5
Sławomir Mentzen (Kandidat der Konföderation)	11,4	7,3	10	11,6	9,9	12,6	11,5
Szymon Hołownia (Kandidat von Dritter Weg)	9,3	7,9	9,3	8,5	10,2	6,6	7,9

	2025					
	18.01.-24.01.	25.01.-31.01.	01.02.-07.02.	08.02.-14.02.	15.02.-21.02.	22.02.-28.02.
Rafał Trzaskowski (Kandidat der KO)	35,5	34,6	37,3	34,2	34,3	34,1
Karol Nawrocki (Kandidat der PiS)	25,2	24,5	23,9	24	25	25,7
Sławomir Mentzen (Kandidat der Konföderation)	13,2	12,6	8,9	14,2	14,7	16,2
Szymon Hołownia (Kandidat von Dritter Weg)	7,5	7,1	6,8	6,5	5,6	7,1

KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; Konföderation/Konfederacja; Dritter Weg/Trzecia Droga (= Polen 2050/Polska 2050 und Polnische Volkspartei/Polkie Stronnictwo Ludowe – PSL)

Quelle: ewybory.eu. <https://ewybory.eu/wybory-prezydenckie-2025-polska/sondaze-prezydenckie/> (abgerufen am 28.02.2025).

Grafik 2: Die Unterstützung für die Präsidentschaftskandidaten Rafał Trzaskowski (KO) und Karol Nawrocki (PiS) im zweiten Wahlgang – 1. Juni 2025 (%)



	2024					2025	
	23.11.–29.11.	30.11.–06.12.	07.12.–13.12.	14.12.–20.12.	21.12.–27.12.	04.01.–10.01.	11.01.–17.01.
Rafał Trzaskowski (Kandidat der KO)	53,8	50,3	50,3	49	56,2	47,9	46,2
Karol Nawrocki (Kandidat der PiS)	35,6	41,2	41,2	34,7	35,9	38,7	36,8

	2025					
	18.01.–24.01.	25.01.–31.01.	01.02.–07.02.	08.02.–14.02.	15.02.–21.02.	22.02.–28.02.
Rafał Trzaskowski (Kandidat der KO)	50	52,8	51,3	51	49,9	52,8
Karol Nawrocki (Kandidat der PiS)	41	39,9	37,3	37,3	39,4	41,9

KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit

Quelle: ewyborcy.eu. <https://ewyborcy.eu/wybory-prezydenckie-2025-polska/sondaze-prezydenckie/> (abgerufen am 28.02.2025).

CHRONIK

18. Februar – 3. März 2025

18.02.2025	Vize-Verteidigungsminister Paweł Bejda wird in La Spezia (Italien) von Matteo Perego di Cremona, Unterstaatssekretär im italienischen Verteidigungsministerium, empfangen. Ein Thema des Treffens ist die bilaterale Rüstungszusammenarbeit; hier bietet Italien der polnischen Marine moderne U-Boote an.
20.02.2025	Auf der Kurznachrichtenplattform X spricht sich Ministerpräsident Donald Tusk dafür aus, die von westlichen Staaten eingefrorenen russischen Aktiva für die Unterstützung der Ukraine im russischen Angriffskrieg einzusetzen. In der Europäischen Union sollen Aktiva in Höhe von 200 Milliarden Euro, im Westen insgesamt in Höhe von 300 Milliarden Euro als Sanktion gegen Russland festgesetzt worden sein.
20.02.2025	Der Sejm lehnt einen Antrag auf ein Misstrauensvotum gegen Katarzyna Kotula, Ministerin für Gleichberechtigung, mit 232 Stimmen bei 196 Befürwortern (keine Enthaltungen) ab. Den Antrag hat die Fraktion von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) eingebracht. Die PiS wirft der Ministerin Inkompetenz und Täuschung der Öffentlichkeit über ihre Ausbildung vor und sagt, sie bereite aktuell ein Gesetz zur erleichterten Korrektur des Geschlechtseintrags in Dokumenten vor. Kotula ihrerseits hatte im Januar gesagt, dass es eine politische Entscheidung für die Vorbereitung eines solchen Gesetzes gebe, es aber bis nach den Präsidentschaftswahlen im Mai/Juni nicht öffentlich verhandelt werde.
21.02.2025	Der Sejm verabschiedet mit 386 Ja-Stimmen und 38 Nein-Stimmen (keine Enthaltungen) ein Gesetz, das die Möglichkeit beinhaltet, die Annahme von Asylanträgen zeitlich und territorial zu begrenzen. Die zeitliche Beschränkung kann max. 60 Tage am Stück dauern. Das Gesetz wird an den Senat weitergeleitet.
22.02.2025	Nach einem Treffen mit US-Präsident Donald Trump am Rande der Conservative Political Action Conference (CPAC) in der Nähe von Washington teilt Staatspräsident Andrzej Duda mit, Trump habe die Stärkung der US-Armee in Polen zugesagt. In dem Gespräch sei es außerdem um die Beendigung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine gegangen. Trump wolle, dass das Sterben der Menschen aufhöre, und sehe als einzige Möglichkeit, mit dem russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin über ein Ende des Krieges zu sprechen, sagt Duda.
24.02.2025	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz und sein slowakischer Amtskollege Robert Kaliňák unterzeichnen in Warschau eine Absichtserklärung über die militärisch-technische Zusammenarbeit der Rüstungsindustrie beider Länder.
25.02.2025	In Warschau thematisieren Ministerpräsident Donald Tusk und EU-Ratspräsident António Costa die weitere Unterstützung der Europäischen Union für die von Russland angegriffene Ukraine. In die Überlegungen werden auch mögliche Friedensverhandlungen einbezogen. Tusk sagt, die EU müsse bei solchen anwesend sein, das erwarte auch die Ukraine. Die Ukraine müsse ein unabhängiger und souveräner Staat bleiben. Tusk und Costa stimmen darin überein, dass der Schutz der EU-Ostgrenze wesentlich für die Sicherheit Europas ist. Vorhaben wie der Schutzschild Ost sollten die gemeinsame Aufgabe der EU-Mitgliedsstaaten sein. Polen hat zurzeit die EU-Ratspräsidentschaft inne.
27.02.2025	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz unterzeichnet in Inowrocław Leasingverträge für acht US-Kampfhubschrauber Apache AH-64D in Höhe von 300 Millionen US-Dollar. Die Verträge umfassen auch die Schulung polnischer Soldaten und Techniker. Das Ziel sei es, bereits ausgebildetes Personal zu haben, wenn 2028 die ersten 15 der insgesamt 96 mit den USA vereinbarten Kampfhubschrauber in Polen eintreffen.
28.02.2025	Paweł Kowal, Regierungsbeauftragter für den Wiederaufbau der Ukraine, warnt in einem Interview im TV-Sender Polsat News den Westen davor, einer Grenzverschiebung des ukrainischen Gebietes infolge des russischen Angriffskrieges zuzustimmen. Der russische Präsident Wladimir Putin würde dann auch in Zukunft dieses Vorgehen anwenden, um seinen Einflussbereich zu erweitern. Nach Einschätzung Kowals drängt US-Präsident Donald Trump nicht aus Sorge um die Ukraine auf eine schnelle Beendigung des russischen Angriffskrieges, sondern aus geopolitischen Gründen. Trump wolle für den Fall, dass es zu einer Konfrontation mit China komme, die Partnerschaft zwischen Russland und China kappen und Russland auf die Seite des Westens ziehen, so Kowal.
01.03.2025	Vor seinem Abflug nach Chicago sagt Präsident Andrzej Duda, dass die USA die einzigen seien, die den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine stoppen können. Er appelliert an den ukrainischen Staatspräsidenten Wolodymyr Selenskyj, das Gespräch mit US-Präsident Donald Trump wieder aufzunehmen. Am Vortag ist ein Treffen zwischen US-Präsident Donald Trump und Vizepräsident J.D. Vance mit Selenskyj im Weißen Haus in Washington nach einem Eklat vorzeitig abgebrochen worden. Trump und Vance hatten Selenskyj u. a. vorgeworfen, undankbar gegenüber den USA zu sein und einen dritten Weltkrieg zu provozieren. Die USA hatten zuvor Kontakt mit Russland über eine mögliche Beendigung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine aufgenommen, ohne die Ukraine und die Europäische Union einzubeziehen.

02.03.2025	Vor seinem Abflug zu einem informellen Gipfeltreffen europäischer Staats- und Regierungschefs in London sichert Ministerpräsident Donald Tusk der von Russland angegriffenen Ukraine die eindeutige und dauerhafte Unterstützung Polens zu. Dies liege auch im polnischen nationalen Interesse. Er kündigt an, beim Gipfeltreffen für weitere militärische Unterstützung für Finnland, die baltischen Staaten und Polen zu werben. Weiter spricht sich Tusk für den Vorschlag der italienischen Regierungschefin Giorgia Meloni aus, einen EU-USA-Gipfel zur Situation der Ukraine einzuberufen. Der Hintergrund ist ein Treffen von US-Präsident Donald Trump und dem ukrainischen Staatspräsidenten Wolodymyr Selenskyj im Weißen Haus in Washington vor zwei Tagen, das in einen Eklat mündete. Trump und Vizepräsident J.D. Vance warfen Selenskyj u. a. vor, undankbar gegenüber den USA zu sein und einen dritten Weltkrieg zu provozieren. Die USA hatten zuvor Kontakt mit Russland über eine mögliche Beendigung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine aufgenommen, ohne die Ukraine und die Europäische Union einzubeziehen.
03.03.2025	Lech Wałęsa, Anführer der demokratischen Opposition in der Volksrepublik Polen, Friedensnobelpreisträger (1983) und ehemaliger Präsident der Republik Polen, veröffentlicht seinen offenen Brief an US-Präsident Donald Trump, der u. a. von ehemaligen Akteuren der Solidarność-Bewegung mitunterzeichnet wurde. Darin bezieht sich Wałęsa auf das Treffen zwischen Trump, seinem Vize J.D. Vance und dem ukrainischen Staatspräsidenten Wolodymyr Selenskyj Ende letzter Woche im Weißen Haus in Washington, bei dem Selenskyj vorgeworfen wurde, undankbar und respektlos gegenüber den USA zu sein trotz der militärischen Unterstützung, welche die USA der von Russland angegriffenen Ukraine gewähren. Wałęsa nennt Trumps und Vances Verhalten »beleidigend« und schreibt, Dankbarkeit gebühre den heldenhaft kämpfenden ukrainischen Soldaten, die die Werte der freien Welt verteidigen. Die Unterzeichner des offenen Briefes rufen die USA auf, ihre der Ukraine 1994 gegebene Garantie zu erfüllen, die Unantastbarkeit der Grenzen der Ukraine zu verteidigen (Budapester Memorandum).

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2025 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>